

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann und Insa Tietjen
(DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024

Einzelplan 4

Aufgabenbereich 253

**Betr.: Armut und Obdachlosigkeit bekämpfen – UN-Nachhaltigkeitsziele bis
2030 umsetzen**

Die 2015 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) verpflichten die Regierungen dazu, Armut und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 zu beenden. Mit der Drs. 21/9700 hat Hamburg in 2017 die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beschlossen und die Reduzierung der Armutsgefährdung und gesellschaftliche Teilhabe als ein zentrales Ziel benannt. Trotzdem müssen wir feststellen, dass die Armutsgefährdungsquote mit 19,8 Prozent in 2021, nicht zuletzt aufgrund anhaltender komplexer Krisen, auf einem Rekordniveau angekommen ist. Zum Vergleich: 2020 lag die Armutsgefährdungsquote in Hamburg mit 18,9 Prozent noch deutlich darunter. Hinzu kommt, dass die seit Monaten steigenden Preise für Energie und Lebensmittel infolge der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine vor allem diejenigen treffen, die nicht auf große finanzielle Puffer zurückgreifen können. Während Gutverdienende die Preissteigerungen für lebensnotwendige Güter durch Einsparungen oder Rücklagen ausgleichen könnten, ist dies für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen, die bereits vor der Preiskrise einen erheblichen Teil des Monatseinkommens für Miete, Nebenkosten und Lebensunterhalt aufwenden mussten, kaum möglich. Insbesondere Familien mit geringem Nettoeinkommen sind durch den Preisanstieg bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln überproportional belastet (vergleiche IMK Inflationsmonitor). Jeder vierte Haushalt gilt bundesweit schon heute als energiearm, gibt also mehr als 10 Prozent des Einkommens für Heizen, Warmwasser und Strom aus. Anfragen der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft haben zudem gezeigt, dass im ersten Halbjahr 2022 mehr als 2.200 Hamburger Haushalten der Strom, fast 50-mal das Gas und rund 580-mal das Wasser abgestellt wurde.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisen ist somit zu befürchten, dass die Anzahl derjenigen, die in Hamburg in Armut leben oder von Armut bedroht sind und ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können, weiter steigen wird.

Bereits im März hat die Bürgerschaft deshalb die Prüfung von Härtefallregelungen bei Energieschulden durch den unter Federführung der Umweltbehörde eingerichteten Runden Tisch beschlossen, bis heute liegt hierzu kein Ergebnis vor. Stattdessen gibt Umweltsenator Jens Kerstan, Energiespartipps und erklärt, dass er „nur noch mit Wecker duschen würde“. Die Einrichtung eines Härtefallfonds erfolgte jetzt, wohl auch weil schon heute viele Hamburger:innen die nächste Energiekostenrechnung fürchten, durch die Sozialbehörde. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um einen dauerhaft

eingerrichteten Fonds, sondern um vorübergehend bereitgestellte Mittel. Welche weiteren Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, soll darüber hinaus erst dann geprüft werden, wenn weitere Details zu den Bundeshilfen bekannt sind. Andere Bundesländer sind an dieser Stelle schon weiter und haben bereits weitreichende Maßnahmen auf Landesebene auf den Weg gebracht und hierfür entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt. Hamburg sollte sich dies zum Vorbild nehmen und ebenfalls den Härtefallfonds verstetigen und dafür ausreichend Mittel in den Doppelhaushalt 2023/2024 einstellen.

Darüber hinaus muss die Armutsbekämpfung im Hamburger Haushalt Priorität haben. Nur so kann soziale Teilhabe für alle ermöglicht und soziale Unsicherheiten aufgrund krisenbedingter Preissteigerungen verhindert werden. An Einkommen und Vermögen machen sich maßgeblich die Lebensbedingungen der Menschen fest. Die zunehmende Ungleichheit prägt nicht nur Wohnsituation und Wohnumfeld, sondern auch Gesundheit, Bildungs- und Ausbildungsstand sowie Freizeitverhalten und Mobilität der Menschen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt auch der Abschlussbericht der „Studie zu Ursachen und Einflussfaktoren der Heterogenität des SARS-CoV-2-Infektionsgeschehens in den Hamburger Bezirken und Stadtteilen“ eine nachhaltige und ganzheitliche Armutspräventionsstrategie für Hamburg, die die bereits bestehenden unterschiedlichen Fachstrategien und Maßnahmen zusammenführt. Die UN-Nachhaltigkeitsziele, so heißt es weiter, sollten dabei der Orientierung für eine Anti-Armutstrategie dienen. Um die entsprechenden Akteur:innen aus den unterschiedlichen Politikfeldern zusammenzubringen und dafür Sorge zu tragen, dass Strategien und Maßnahmen aufeinander abgestimmt und zu einer Gesamtstrategie miteinander verbunden werden, braucht es eine entsprechende koordinierende Instanz. Eine Senatskoordinator:in könnte diese wichtige Aufgabe übernehmen.

Als eine der schwersten Formen von Armut und Entbehrung definiert das EU-Parlament Obdachlosigkeit in dem Antrag, in dem auch beschlossen wird, diese bis 2030 abzuschaffen (Beschluss EP P9_TA(2020)0314). Und auch die UN-Nachhaltigkeitsziele verpflichten die Mitgliedstaaten, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, der Koalitionsvertrag der Bundesregierung geht sogar weiter und setzt sich das Ziel, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis dahin zu überwinden. Für Großstädte wie Hamburg erfordert dies ein Umdenken. Denn auch wenn die Anstrengungen der Politik und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Obdachlosigkeit nicht zu leugnen sind, muss das Verhältnis zwischen aufgewendeten Ressourcen und den sichtbaren Ergebnissen doch mehr als nachdenklich stimmen. Das aktuelle Hilfesystem chronifiziert Obdach- und Wohnungslosigkeit und wirkt durch die großen zentralisierten Unterkünfte stigmatisierend. Ein Umbau des Hilfesystems, das gangbare und kurzfristige Wege in ein selbstbestimmtes Leben aufzeigt und die Perspektive Wohnraum für alle ermöglicht, ist daher dringend notwendig. Statt Unsummen für Security-Personal in temporären Massenunterkünften zu stecken, fordern wir Investitionen in dezentrale Unterbringungen und den bedingungslosen Zugang zu Wohnraum für obdachlose Menschen. Ziel sollte sein, möglichst viele Menschen in dauerhaften Wohnverhältnissen unterzubringen. Das alles muss mit niedrighschwelligem Hilfsangeboten und aufsuchender Sozialarbeit flankiert werden. Statt eines Modellprojektes mit 30 Plätzen für die kommenden zwei Jahre, muss Housing First zum Leitgedanken der Obdach- und Wohnungslosenhilfe in Hamburg werden. Hierfür müssen die Plätze maßgeblich aufgestockt und deren Finanzierung verstetigt werden. Zusätzlich sollte ein Förderprogramm für die Schaffung von Wohnungen für Wohnungslose und den Umbau von Unterkünften zu Wohnungen aufgelegt werden. Dieses Programm sollte sich vorwiegend an soziale Träger richten.

Da es derzeit keinen erfolgreicheren Weg gibt, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu verhindern, als den drohenden Wohnungsverlust abzuwenden, sollte die Prävention von Wohnungsverlust zusätzlich gestärkt werden. Mit der Erhöhung der Personalausstattung der Fachstellen für Wohnungsnotfälle, ist der Senat dem in den letzten Jahren in Teilen nachgekommen, hat es aber verpasst, die Personalausstattung der Sozialen Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege ebenfalls aufzustocken und dies, obwohl die Arbeit der Beratungsangebote eng miteinander verknüpft ist. Im Rahmen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67

fortfolgende SGB XII bewilligen die Fachstellen für Wohnungsnotfälle weiter gehende Hilfen, die von den Sozialen Beratungsstellen durchgeführt werden. Dabei umfassen die Leistungen der Beratungsstellen längerfristige Beratung und Unterstützung in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Teilhabe am Leben und in der Gemeinschaft sowie materielle Absicherung und Umgang mit Schulden. Hierzu gehört beispielsweise auch die Begleitung zu Ämtern oder die Inanspruchnahme der freiwilligen Geldverwaltung durch Haushalte, die Unterstützung hierbei benötigen. Nur mit einer entsprechenden personellen und finanziellen Aufstockung der bezirklichen Sozialberatungsstellen kann der nachhaltigen Wohnraumsicherung Rechnung getragen werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine ganzheitliche Armutspräventionsstrategie für Hamburg zu implementieren. Diese sollte die bereits bestehenden unterschiedlichen Fachstrategien und Maßnahmen zusammenführen, aufeinander abstimmen und die unterschiedlichen Akteur:innen zusammenbringen,
2. für die Erarbeitung und Koordination einer Armutspräventionsstrategie eine Stelle einzurichten und für die personelle Ausstattung zusätzlich 100.000 Euro im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 252, PG 252.01, einzustellen,
3. den Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren zu verstetigen und zusätzlich Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro jährlich im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253, PG 253.02, einzustellen,
4. die Vermeidung von Energiearmut und die Unterstützung von Energieschuldner:innen als Ziel in die PG 253.02 aufzunehmen,
5. entsprechende Kennzahlen für das neu aufgenommene Ziel der PG 253.02 zu definieren: „Anzahl unterstützter Haushalte aus Härtefallfonds“ und „ausbezahlte Mittel aus dem Härtefallfonds“,
6. Housing First zum Leitgedanken der Hamburger Obdach- und Wohnungslosenhilfe zu erklären und dies mit zusätzlich 2 Millionen Euro im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253, PG 253.03 abzusichern,
7. ein Förderprogramm für die Schaffung von Wohnungen für obdach- und wohnungslose Menschen sowie für den Umbau von Unterkünften zu Wohnungen aufzulegen und hierfür 20 Millionen Euro für die Jahre 2023/2024 im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253, PG 253.03 einzustellen,
8. die aufsuchende Sozialarbeit im Rahmen der Obdach- und Wohnungslosenhilfe zu stärken und hierfür zusätzlich 500.000 Euro pro Jahr für die Jahre 2023/2024 im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253, PG 253.03 zu berücksichtigen,
9. die bezirklichen Sozialberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege um jeweils eine VZÄ aufzustocken und zusätzliche Mittel in Höhe von 400.000 Euro im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253, PG 253.03 zu verankern.